



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Universitätsbibliothek Paderborn

Wilhelm von Humboldt

Haym, Rudolf

Berlin, 1856

Aufenthalt in Frankfurt.- Die Territorialcommission.- Provisorische Uebernahme der Bundestagsgesandtschaft.- Auftreten gegen den österreichischen Bundestagsgesandten.- Eröffnung des Bundestags.- ...

[urn:nbn:de:hbz:466:1-48042](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-48042)

Man suchte diese Sicherheit und diese Entschädigung durch eine Kriegsschatzung und eine temporäre Besatzung zu ergänzen, und auch in Beziehung auf diese Punkte, wußte Richelieu, der Minister, welcher durch Kaiser Alexander's Einfluß der Nachfolger Talleyrand's geworden war, noch wesentliche Erleichterungen zu erhandeln. Mit mehr als Resignation blickte der Staatskanzler auf dies kümmerliche Resultat. Humboldt suchte, wie er schon öfter gethan, in der mühevollsten und pflichttreuesten Thätigkeit eine Zuflucht vor der Mißstimmung, mit der ihn das Scheitern seiner Entwürfe und die Niederlage seiner Ansichten erfüllte. Wieder wie in Wien wurde er mit herangezogen, um die Redaction des Hauptfriedensvertrages überwachen zu helfen. Noch bis in den November dauerten die Conferenzen der Bevollmächtigten, bis endlich am 20. des Monats der förmliche Abschluß erfolgte. Es gab auch außer diesen Conferenzen noch reichliche Arbeit. Von Humboldt insbesondere wurden die Arbeiten des Comité's geleitet, welches die Normen festzusetzen hatte, nach denen die mannigfaltigen durch den Pariser Frieden bedingten Entschädigungen zu regeln seien. Er war es, der dann in Separatconferenzen über diese Dinge mit den Franzosen zu unterhandeln hatte.

Am 25. November endlich verließ Humboldt Paris. Denn obgleich er als Gesandter dorthin zurückgehen bestimmt war, so sollte er doch zunächst in Frankfurt zu einem Geschäft verwandt werden, das mit den Friedensarbeiten des letzten Jahres im engsten Zusammenhang stand. Noch waren eine Reihe von Gebiets-, von Austausch- und Entschädigungsfragen in Deutschland unerledigt. Eine besondere Commission ward niedergesetzt, diese Verhältnisse zu ordnen. Wessenberg von österreichischer, Humboldt von preussischer Seite hatten vorzugsweise die einschlagenden Verhandlungen zu führen, — Verhandlungen, welche ihrer Natur nach verwickelt und zeitraubend waren. Erst im Januar 1817 ging die Commission auseinander, ohne doch ihre Aufgabe vollständig gelöst zu haben. Mit Heiterkeit bestand Humboldt die Geduldsprobe, welche diese Geschäfte auferlegten, mit der Ruhe des Stoikers fand er sich in die endlose damit verbundene Schreiberarbeit. Wohl möglich, daß oft die Umständlichkeit der Sache durch die zähe Genauigkeit und durch den kalten Gleichmuth des Unterhändlers noch vermehrt wurde. Wohl möglich, daß er sich zuweilen zu unrechter Stunde für die Trockenheit seiner Arbeit durch

jenen beißenden Witz entschädigte, welcher der Schrecken aller Bedanten und Strohköpfe war. Mit etwas mehr praktischer Angreifbarkeit wäre vielleicht manche Verstimmung zu vermeiden, mancher üble Wille leichter zu brechen gewesen. So urtheilte wenigstens die Ungebuld des Ober-Präsidenten von Vincke, als die von Humboldt verhandelte Uebergabe des Herzogthums Westfalen an Preußen von der Hessischen Regierung bis in den Sommer 1816 verzögert wurde.¹⁾ Allein schwerlich war der ehrliche Westfale in seiner Ungebuld vollkommen unparteiisch. Er sprach, auf Hörensagen hin, von dem Unwesen, welches Humboldt angerichtet habe; er gab ihm Schuld, daß er es dahin bringe, Preußen vollends mit allen deutschen Fürsten zu entzweien. Das Zeugniß Gagern's wiegt das Vincke'sche wohl auf. Mit vollkommener Befriedigung spricht der niederländische Gesandte von der Unterhandlung, die er über Luxemburg mit Humboldt zu führen hatte und die durch Vertrag vom 8. November 1816 ihren Abschluß erreichte.

Die Genauigkeit und Strenge, die Kühle und Schärfe des preussischen Diplomaten, den Kleineren gegenüber oft unangebracht, erwies sich um dieselbe Zeit dem gefährlichsten Rivalen Preußens gegenüber äußerst zweckmäßig. Schon am 1. November 1815 hatte der auf dem Wiener Congreß geschaffene Bundestag zusammentreten sollen. Man stand im Sommer 1816: noch immer war der Bundestag nicht eröffnet; noch immer war nicht einmal das Wirrsal der deutschen Gebietsverhältnisse geordnet. Hardenberg inzwischen hatte die Hoffnung noch nicht aufgegeben, die in Wien übereilten deutschen Angelegenheiten in Frankfurt zu einer für Deutschland und Preußen günstigeren Gestaltung zu führen. Er behielt den Gedanken im Auge, auf welchem sein ursprünglicher mit Stein verabredeter Verfassungsentwurf gebaut gewesen war, — den Gedanken einer zwischen Preußen und Oesterreich gleichgetheilten Leitung der Bundesversammlung. Ehe diese Versammlung eröffnet würde, sollte Oesterreich das Zugeständniß dieser Gleichstellung durch einen Vertrag abgedrungen werden, für welchen alsdann die Beistimmung der übrigen Bundesglieder nicht ausbleiben könne. Mit dem Entwurf eines derartigen Vertrages erschien der zum Bundestagsgesandten ernannte Geheime

1) Bodelschwingh, Leben Vincke's I. 615. 616.

Rath von Hänlein in Frankfurt. Jedoch auf's Neue sollte der Staatskanzler die Frucht jener Sorglosigkeit ernten, welcher noch jedesmal im entscheidenden Augenblick die gerechten Ansprüche Preußens zum Opfer gefallen waren; auf's Neue sollte er erfahren, was mündliche Zusagen im Munde von Männern bedeuten, denen die Sorge für Oesterreichs Interessen ein höheres Gesetz als das Gesetz des Worthaltens ist. Hänlein scheiterte vollständig. Graf Buol-Schauenstein, der österreichische Bundestagsgesandte, war längst von den preussischen Absichten unterrichtet; er kannte die Hauptpunkte des Entwurfes; er hatte sie mehreren von den übrigen Bundestagsgesandten mitgetheilt, und es hatte ihn wenig Mühe gekostet, dieselben gegen einen Plan einzunehmen, der die eingebildete kleinstaatliche Selbständigkeit mit der Gefahr einer Doppelherrschaft der Mächtigsten bedrohte. Seine Weigerung, sich auf eine Unterhandlung ohne Zuziehung der übrigen Gesandten einzulassen, die Aufregung und das Geschrei der Letzteren bewogen den Staatskanzler, die Sache fallen zu lassen. Mit jener glattwortigen Nachgiebigkeit, die ihm nachgerade geläufig geworden war, verzichtete er auf die äußere Gleichstellung Preußens mit Oesterreich. Er proclamirte das vollkommenste Einverständnis beider Mächte als zweifellose Thatsache und als unerläßliche Bedingung alles Erfolges. Er rief den Gesandten zurück. An seiner Stelle ward der frühere Minister des Auswärtigen, Graf Goltz, zum Vertreter Preußens beim Bundestage bestimmt. Allein Goltz war an sofortigem Eintreffen verhindert. Es war eine sich von selbst darbietende Auskunft, daß Humboldt einsteilen seine Stelle zu vertreten beauftragt wurde.

Die Zeit, wo Humboldt den Frankfurter Posten gern übernommen hätte, war vorüber. Aus denselben Gründen wie Stein würde er schon jetzt die dauernde Uebnahme desselben abgelehnt haben. Er war so gut wie Stein von der Unvollkommenheit der neuen Bundeseinrichtung überzeugt; er fühlte, und er sprach es aus, daß diejenigen, die den Anfang des jetzigen Bundestages sähen, den Anfang des verheißenen nicht erleben würden.¹⁾ Allein er hatte bei der Unterzeichnung der Bundesacte sein Wort dafür eingesetzt, daß der Versuch gemacht werden müsse, den Mängeln

1) Barchagen, Denkwürdigkeiten. VII. 293.

derselben in der Bundesversammlung selbst abzuwenden, und seine Ehre war dabei theilhaftig, die Niederlage, welche die preussische Politik nur eben von der österreichischen erlitten hatte, wieder gutzumachen. Er that sein Bestes. In sieben vertraulichen Conferenzen wurden vom 1. October an die vorläufigen Einrichtungen des Bundestages besprochen. Von der größten Wichtigkeit dabei war die Geschäftsordnung. Durch sie konnte Preußen bis auf einen gewissen Grad wiedergewinnen, was es sich bis dahin in seiner Stellung gegen Oesterreich vergeben hatte. In diesem Sinn faßte Humboldt den Entwurf dazu ab, und wußte denselben gegen die Einwendungen Buol's aufrechtzuerhalten. Buol erfuhr, mit wem er es zu thun habe. Gegen den an Geist und Charakter ihm weit überlegenen Diplomaten fand er es unmöglich, jenes System der Intrigue und der geheimen Gegenwirkung fortzusetzen, welches er so erfolgreich gegen dessen Vorgänger in Anwendung gebracht hatte. Humboldt machte mit Geschick und Energie das ganze Uebergewicht seiner Persönlichkeit geltend. Noch immer gab es einen Weg, den Grundsätzen Anerkennung zu verschaffen, von denen mit Recht auch der Staatskanzler ausgegangen war. Diesen Weg schlug Humboldt ein. Auf Schritt und Tritt, selbst bei der Eröffnung der von Wien eingehenden Depeschen, überwachte er seinen österreichischen Collegen. Mit Entschiedenheit erklärte er demselben, daß Oesterreich und Preußen zusammengehen müßten, wenn aus dem Bundestage etwas werden sollte; er verlange daher, daß Graf Buol sich über jede Maßregel mit ihm vorher berathe und dann erst das gemeinschaftlich Beschlossene an die Versammlung bringe; weigere er sich dessen, so werde er von dem Grundsatz der Gleichheit aller Bundestagsgesandten den nöthigen Gebrauch machen und die österreichische Präsidial-Geschäftsführung auf's Strengste bewachen und angreifen.¹⁾ Es blieb Buol nichts übrig als sich zu fügen und auf den vorgeschlagenen Weg einzugehen. Man gelangte auf diesem Wege Anfang November zur wirklichen Eröffnung des Bundestages. Auch dabei noch sollte sich der Einfluß von Humboldt's gebietendem Geiste fühlbar machen. Graf Goltz war am 3. November endlich angekommen, allein, in Folge eines Unfalls, der ihn unterwegs betroffen, noch nicht im Stande, seine Functionen an-

1) Berk V. 92 ff.

zutreten. Es war daher Humboldt vergönnt, in der Eröffnungssitzung am 5. noch einmal im Namen seiner Regierung die Ansichten auszusprechen, die er über Zweck und Aufgabe eines deutschen Bundes in seiner Note vom 10. Februar 1815 niedergelegt hatte. Der Präsidialgesandte hatte nicht umhin gekonnt, in einem ähnlichen Sinne vor ihm zu sprechen. Die Auspicien daher, unter denen die Versammlung in Turn- und Taxis'schen Pallaste ihre Arbeiten begann, waren die besten. Den Pomp eines feierlichen Gottesdienstes und gewisse „anregende“ Toaste an der Festtafel des österreichischen Gesandten hatte Humboldt zu verhindern gewußt. Er fand ohne Zweifel, daß wenig Grund sei, zum Beginn eines überaus unvollkommenen Einigungswerkes die alte religiöse Zwietracht der Nation zur Ausstellung und in Erinnerung zu bringen, und er dachte ohne Zweifel über anregende Toaste ein gut Theil verständiger als Friedrich Schlegel und Dorothea Mendelssohn.¹⁾ Dem verständigen und verheißenden Anfange jedoch entsprach der weitere Fortgang keinesweges. Bereits in der ersten Geschäftsitzung, am 11. November, erschien Goltz auf seinem Posten, und Goltz war demselben in keiner Weise gewachsen. Mit dem Augenblick, in welchem Humboldt zurücktrat, war die Aussicht verschwunden, daß Preußens liberalere Politik den hemmenden Einflüssen der österreichischen das Gegengewicht halten werde. Jene Aera begann, in welcher die Saat der Reaction in immer dichteren und volleren Trieben sich entwickelte. Frankfurt wurde zu einer Commandite von Wien. Einen Moment lang hatte die Nation mit zweifelnder Hoffnung nach der alten Kaiserstadt geblickt. Nur wenige Jahre, und die Institution, welche das öffentliche Recht, die Macht und die Einheit Deutschlands befestigen sollte, war in namenlose Verachtung gesunken. Im Munde des Volkes war der Bundestag ein Spott: er war ein Gegenstand des Unwillens und der Verzweiflung für jeden Vaterlandsfreund geworden.

Und schon mehrten sich auch die Symptome, welche verriethen, daß in Preußen selbst der Geist, welcher den Aufschwung der Befreiungskriege hervorgerufen und durch die davongetragenen Erfolge in der Nation genährt worden war, in harter Bedrängniß sei. Dieselben Gefinnungen und Bestrebungen, die man in der Zeit der

1) Dorothea Schlegel an Rahel, bei Dorow, Denkschriften und Briefe IV. 122.

Gefahr benutzt hatte, fing man in der Zeit des wiedererrungenen Friedens zu beargwöhnen und zu fürchten an. Es erfolgte das Verbot des von Görres redigirten Rheinischen Merkurs, des Hauptorgans der liberalen, auf die Gewährung der verheißenen Verfassung hindrängenden Partei. Es erfolgte die Ordensverleihung an Schmalz für das Verdienst, das erste Pasquill auf die nationale Begeisterung der letzten Jahre geschrieben zu haben. Während Schmähung und Verdächtigung einen Anspruch auf Belohnung zu begründen schien, wurden patriotische Hingebung, Freimuth und langjährige Dienste mit Zurücksetzung belohnt. Ein neuer Maasstab für die Vertheilung von Gunst und Ungunst machte sich in der Besetzung der höchsten Stellen im Heere und in der Verwaltung bemerklich. Sneyden glaubte es seiner Ehre schuldig zu sein, seine Entlassung zu fordern: der Oberpräsident Sack erlangte mit Mühe Genugthuung für die kränkendste und rücksichtsloseste Behandlung. Diese Dinge geschahen unter dem Namen und der Autorität eines Mannes, dessen ganze Vergangenheit eine Bürgschaft für liberale Maasregeln schien, dessen Worte noch immer nach lauter Freisinnigkeit und lauter gutem Willen klangen. Es war augenscheinlich, daß Hardenberg nicht mehr konnte, wie er wollte, und daß er so nicht wollte, wie er gefollt hätte.

Humboldt war noch nicht lange in Frankfurt, als er dies an sich selbst erfahren hatte. Zum zweiten Mal hatte Hardenberg Alexander von Humboldt, der ja ohnehin durch seine wissenschaftlichen Arbeiten an Paris gebunden war, das Anerbieten gemacht, für seinen Bruder einzutreten. Er sollte für diesen in Paris fungiren, bis dessen Frankfurter Geschäfte ihm selbst die Uebernahme des Gesandtschaftspostens gestatteten. Zum zweiten Mal hatte Alexander abgelehnt; seine Liebe zur Wissenschaft überwog seine Liebhaberei für Politik. Ein anderer und schlechterer Ersatzmann war daher aussündig gemacht worden. Die Vertretung Preußens bei der französischen Regierung, der für jetzt ohne allen Vergleich wichtigste auswärtige Posten, war interimistisch dem unfähigen Grafen Goltz, bisherigen Gesandten in München, übertragen worden. Seine Unfähigkeit war eine Empfehlung für ihn in den Augen des französischen Ministeriums. Richelieu, der von Rußland begünstigte Nachfolger Talleyrand's, hatte nicht sobald erkannt, mit wem er es zu thun habe, als er mit Hardenberg wegen der dauernden Besetzung der Stelle durch Goltz

in Unterhandlung getreten war. Dieselben Gründe, welche mit so viel Erfolg gegen die preussischen Friedensbedingungen geltend gemacht worden waren, wurden jetzt gegen denjenigen vorgebracht, der in der Ansicht des französischen Cabinets neben den Blücher und Gneisenau rangirte. Die Sendung Humboldt's würde eine kränkende Erinnerung an den demüthigenden Frieden in sich schließen, der unter seiner Mitwirkung abgeschlossen worden, seine Gegenwart würde in den Augen der Nation ein fortdauernder Vorwurf für die Regierung sein, die man stärken und stützen zu wollen erklärt habe. Hardenberg, voll Rücksicht überdies für die Wünsche des russischen Cabinets, ließ diesen Vorstellungen ein williges Gehör. Die eben eintretende Erledigung des Londoner Gesandtenpostens gab ihm ein Mittel an die Hand, sich mit seinem an Humboldt ertheilten Versprechen abzufinden. So wenig dieser mit Hardenberg's Nachgiebigkeit einverstanden war, so wenig schmerzte ihn persönlich der Verzicht auf Paris. Er selbst war es, der sich statt dessen nunmehr den Londoner Posten erbat¹⁾.

In der That, er konnte wohl zufrieden sein, einer Mission überhoben zu werden, die bei dem erklärten Widerwillen der französischen Regierung gegen seine Person nicht einladend und bei der Unsicherheit der Restaurationszustände in Frankreich voll schwerer Verantwortlichkeit war. Wäre nur die Nachgiebigkeit gegen Richelieu nicht zugleich ein Zeichen von der Haltlosigkeit des politischen Systems des Staatskanzlers gewesen! Hätte sich dessen Gesinnung nur nicht auch darin verrathen, daß er die Gesandtschaftsstelle am Bundestage nur dann erst Humboldt angetragen hatte, als man einen Lückenbüßer brauchte und als sie bereits aufgehört hatte, wünschenswerth zu sein! Nur um so wichtiger indeß, wenn Humboldt noch vor seiner Uebersiedelung nach London Zeit blieb, seinen Einfluß allererst in Berlin selbst geltend zu machen. Die Aufforderung dazu war zugleich mit der Bewilligung des Londoner Postens an ihn ergangen. Er sollte zu den wichtigen Berathungen zugezogen werden, die über die Finanzverfassung des Königreichs und über die Constitutionsfrage demnächst in Berlin bevorstanden. Sichtlich befand sich der Staatskanzler in einer Klemme zwischen entgegengesetzten Parteeinflüssen

1) An Caroline Wolzogen, Nachlaß II. 29.